



Dezernent Majers bunte Pläne

Wenn jemand für die städtische Verwaltung arbeiten soll, ist für uns erstmal nur wichtig, was der Bewerber kann – und sonst nichts! Wer aber am 30. Dezember vergangenen Jahres die FAZ aufschlug, mochte seinen Augen kaum trauen. Unter der Überschrift „Bunte Verwaltung erwünscht“ schreibt das Blatt über die vom Magistrat geforderte „interkulturelle“ Kompetenz in der Stadtverwaltung. Wir fragen uns: Ist Interkulturelle Kompetenz nicht wieder einfach nur ein anderer Begriff für die von linksgrüner Seite propagierte Integration der Bio-Deutschen in die multikulturelle Gesellschaft?

Nun sollen Bewerber um Stellen in der Verwaltung der Stadt Frankfurt künftig nicht nur nach Fachkompetenz oder Führungsstärke bewertet werden, sondern zusätzlich auch nach interkultureller Kompetenz. Das letztgenannte Kriterium sei - so die Dezernenten für Integration und Personal – als zusätzliches Kriterium in das Beurteilungsverfahren eingefügt worden, das gleichrangig neben der fachlichen Kompetenz bewertet werde. Erklärtes Ziel ist, den Anteil der Migranten in der Stadtverwaltung zu erhöhen, da diese „in der Verwaltung unterrepräsentiert und benachteiligt“ seien!

„Reflektieren, dass man nicht die Hand geben sollte und sich nicht empören“

Und was versteht der Personaldezernent nun unter „interkultureller Kompetenz“? Etwas über „kulturelle Unterschiede“ zu wissen und die Haltung zu haben, dass man „diese als gleichwertig anerkennt“. Ein Beispiel: Als Mitarbeiter der Frankfurter Verwaltung einer Kopftuchträgerin ablehnend gegenüberzustehen genügt, um durchzufallen. „Dass man ihr zumindest nicht ablehnend gegenübersteht, ist eine Minimalforderung,“, ist in der FAZ zu lesen. „Zu wissen, wie man dieses Kopftuch nennt und warum es getragen wird, würde schon Punkte auf der interkulturellen Kompetenz-Skala bringen.“ Nicht nur das: „Und dann gegebenenfalls noch zu reflektieren, dass man als Mann dieser Frau vielleicht nicht die Hand geben sollte, ohne darüber empört zu sein, das dürfte schon ein paar Pluspunkte einbringen,“ heißt es in der Zeitung weiter.

Weiterer Sargnagel für die westlich geprägte, deutsche Leitkultur

Wir stellen fest: Während Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und universelle Menschenrechte feste Bestandteile der westlichen Kultur bilden, sind diese in verschiedenen Gesellschaftsstrukturen unbekannt. Wer in dieser unserer aufgeklärten Zivilisation verwurzelt ist, kann keine wertschätzende Akzeptanz für archaische Kulturen aufbringen. Und schon gar nicht mit Zwang, wie ihn die Gesinnungspolizei mit ihrem Ruf nach der „richtigen“ Haltung ausüben will. In dem neuen Vorhaben des Magistrats sehen wir einen weiteren Sargnagel für unsere westlich geprägte, deutsche Leitkultur.

Wir beantragen, den neuen Passus bei Einstellungen komplett zu streichen und erteilen dem Lieblingsprojekt der Willkommens-Claqueure damit eine klare Absage!

Wer den Zeitungsbericht nachlesen möchte: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt-bunte-verwaltung-erwünscht-14597032.html>

Nachgefragt

Weshalb lehnt die AfD die Anhebung der Aufwandspauschale für die Stadtverordneten ab?

Herr Dr. Dr. Rahn, Sie haben für die AfD im Römer dagegen gestimmt, dass für die Stadt ehrenamtlich politisch Tätige wie Stadtverordnete mehr Geld bekommen. Warum?

R.R.: Unsere Haushaltslage ist angespannt genug, da muss ein zusätzlicher Kostenblock nicht sein.

Sie verweisen bei der geplanten Regelung auf Inkonsistenzen. Worin sehen Sie die?

R.R.: Der Magistrat plant die Anpassung bei einigen Positionen, bei anderen jedoch nicht. So eine Aufwandsentschädigung müsste dem Anstieg der Lebenshaltungskosten entsprechen und gleichermaßen alle Positionen betreffen. Doch das tut sie bei dieser Vorlage nicht.

Wo wäre die Anhebung gerechtfertigt?

R.R.: Verändert werden sollte in jedem Fall die Aufwandsentschädigung für Seniorenbeauftragte und für die Freiwillige Feuerwehr. Mitgliedern des Seniorenbeirates werden derzeit häufig nicht einmal die Fahrkosten entgolten.



Fraktionsvorsitzender
Dr. Dr. Rainer Rahn



Erfolgskontrolle ist das Mindeste!

Frankfurts Magistrat weiß tatsächlich nicht, ob steuerfinanzierte Integrationsmaßnahmen für Asylbewerber überhaupt angenommen werden oder gar zu dem gewünschten Ergebnis führen. Der Magistrat lässt auch nicht erkennen, dass er interessiert ist, diese Informationen zu erhalten. Ein Unding, finden wir!

Insbesondere seit Beginn der „Flüchtlingswelle“ weist das Land Hessen den Kommunen ständig Personen – vor allem Asylantragssteller – zu, die von den Kommunen unterzubringen sind und betreut werden müssen. Nun sollen diese Personen schnell integriert werden und so finanziert die Stadt Frankfurt diesbezüglich verschiedene Fördermaßnahmen. Am Ende ist als Ziel vorgegeben, dass die hier untergebrachten Migranten die deutsche Sprache erlernen und versicherungspflichtig beschäftigt werden. Da gibt es einiges zu tun, wie die einzige dem Magistrat vorliegende stichprobenartige Auswertung der VHS unter 823 Flüchtlingen ergibt. So sind mindestens 25% der Asylbewerber Analphabeten, 16,4%

Zweitschriftlerner, 41,7% zeigen ein langsames und 16,9% ein durchschnittliches Lerntempo.

In verschiedenen Berichten teilt der Magistrat mit, dass ihm nicht bekannt ist, wie viele der angesprochenen Leute einen Sprachkurs besuchen. Ebenso wenig ob der Kurs das gewünschte Ergebnis gezeigt hat. Am geringsten jedoch scheint das für den Magistrat der Stadt Frankfurt irgendwie ein Problem zu sein! Ähnliches gilt für die angestrebte Integration in den Arbeitsmarkt. Irgendeine Erfolgskontrolle? Fehlanzeige! Wir sind der Ansicht, dass die Stadt Frankfurt selbstverständlich auch überprüfen muss, ob die Integrationsmaßnahmen zu dem angestrebten Ergebnis führen oder ob ggf. andere oder weitere Maßnahmen zu ergreifen sind. Der Bürger hat ein Recht zu erfahren, wofür seine Steuergelder ausgegeben werden. Warum sollte das bei Hilfe anders sein? Deshalb beantragte die AfD-Fraktion: Der Magistrat soll die Stadtverordnetenversammlung regelmäßig - einmal pro Quartal – unaufgefordert über die Ergebnisse unterrichten!

Im entsprechenden Ausschuß wurde der Antrag am 16.01.2017 mit den Stimmen aller Fraktionen außer der AfD und der BFF abgelehnt.

Wußten Sie schon?

- daß Sie unsere Arbeit über das ParlamentsInformationsSystem PARLIS online verfolgen können? Hier finden Sie alle unsere Anfragen und Anträge sowie die Antworten und Berichte des Magistrats:
<http://www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html>
- daß Sie die Plenarsitzungen besuchen können. Nach Karten für die Besuchertribüne fragen Sie unter 069-212 36893.
- daß Sie ausgewählte Redemitschnitte unserer Stadtverordneten auf unserer Homepage finden. Hören Sie mal rein!
www.afd-im-roemer.de
- daß wir Bürgersprechstunden veranstalten, bei denen Sie die Gelegenheit haben, uns persönlich kennenzulernen. Die Termine werden ebenfalls auf unserer Homepage angekündigt.



Öffnungszeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag-Donnerstag 10 - 17 Uhr

info@afd-im-roemer.de

Tel. 069 212 46 222

www.afd-im-roemer.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstr. 3
60311 Frankfurt am Main

Verantwortlich im Sinne
des Presserechts:
Dr. Dr. Rainer Rahn
(Fraktionsvorsitzender)